

Oumarou Mfochivé



Klimaschulden & Reparationen

**Schuldenstrich für Länder des Globalen Südens und
Reparationszahlungen für die vom Globalen Norden
verursachte Klimakatastrophe - Jetzt!**

Entwicklungsländer leiden unter einem doppelten Schlag: Sie sind vom Klimawandel betroffen, den sie kaum mitverursacht haben, und sie haben Mühe, eine hohe, nicht gerechtfertigte Schuldenlast zu begleichen. Durch einen Schuldenstrich und Reparationszahlungen müssen wir der Klimagerechtigkeit einen Schritt näher kommen.

Hintergrund



Die (ökologischen) Schulden des Kolonialismus

Die globale Erwärmung ist untrennbar mit der gleichzeitigen Expansion des Kapitalismus und der weltweiten Industrialisierung auf Grundlage fossiler Brennstoffe verbunden. In den meisten Fällen konnte diese doppelte Expansion nur durch (wirtschaftliche) Gewalt erreicht werden. Ohne die Rohstoffe der sogenannten Neuen Welt (Gold, Silber, Zuckerrohr, Tabak ...) hätte die industrielle Revolution nicht stattfinden können. Sie war es, die dank des Fortschritts im Transportwesen die zunehmende Globalisierung des Handels ermöglichte; zunächst durch die Dampfschiffahrt, dann durch den Verbrennungsmotor. Die Ausbreitung des Kapitalismus brachte außerdem den Zwang zu Wettbewerb und das ständige Streben nach Profit mit sich. Seit Beginn der Kolonialisierung wurde es profitabel, Regionen entsprechend ihrer Wettbewerbsvorteile zu »spezialisieren«, was ganze Zivilisationen zerstörte. Nahezu alle Teile der Welt wurden dadurch voneinander abhängig – und damit auch von immer mehr umweltschädlichem Gütertransport. Das alles spitzte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu, als sich der Freihandel entwickelte, der den großen multinationalen Konzernen die Möglichkeit gab, ihre Tochtergesellschaften in allen Teilen der Welt anzusiedeln.

Seit einigen Jahren werden die internationalen Debatten über die globalen Herausforderungen des Umweltschutzes von Verbänden, aber auch von Vertreter*innen bestimmter Länder des Globalen Südens vorangetrieben: Sie bringen die Idee einer »ökologischen Schuld« vor, die bestimmte Länder bei anderen haben. Dieser Ausdruck umfasst unbeabsichtigte ökologische Schäden,

unbezahlte Abgaben auf ökologische Ressourcen und Anleihen beim »ökologischen Kapital« anderer Regionen. Dem zugrunde liegt ein Nord-Süd-Gefälle, in dem die westlichen Industrieländer, also der Globale Norden, die Schuldner dieser »ökologischen Schulden« sind, während die Länder des Globalen Südens, die »Dritte Welt«, die Gläubiger sind.

Es ist klar, dass »ökologische Schuld« eher ein politisches als ein juristisches Konzept ist. Ein Mittel, um das vergangene und gegenwärtige Verhalten der Länder des Globalen Nordens, aber auch der transnationalen Konzerne anzuprangern. Ziel dieser Anklage ist es unter anderem, die beschuldigten Länder dazu zu bringen, ihre Fehler anzuerkennen, Wiedergutmachung oder Entschädigung zu zahlen, zukünftig anders zu handeln und die Länder des Globalen Südens gleichberechtigt zu behandeln.



Die Auswirkungen der Klimakrise auf die Länder des Globalen Südens

Die Klimakrise ist höchst ungerecht. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, sind am wenigsten betroffen (vulnerabel) und umgekehrt – diejenigen, die am wenigsten verantwortlich sind, sind am stärksten betroffen. Diese Trennlinie verläuft insbesondere zwischen reichen und armen Ländern, aber auch intersektional als Folge kapitalistischer Klassenungleichheiten, durch Hierarchien von Geschlecht, Sexualität, physischer und psychischer Fähigkeiten sowie als Folge von Rassismus.



Verantwortung

In einer Studie aus dem Jahr 2020 wurden die »überschüssigen« Treibhausgasemissionen verschiedener Länder berechnet. Mit »überschüssig« sind hier all die Emissionen gemeint, die über eine bestimmte Menge pro-Kopf-Emissionen hinausgehen, die es erlauben würden unter 350 parts per million¹ CO₂ zu bleiben. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Länder des Globalen Nordens für 92% der überschüssigen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, während die Länder des Globalen Südens gerade einmal 8% verantworten.²



Vulnerabilität

Die Klimavulnerabilität, also die Verwundbarkeit der Länder in Bezug auf die Klimakrise, basiert auf Faktoren wie Zugang zu sanitären Einrichtungen, Lesefähigkeit, Sterblichkeitsrate von Müttern, politische Freiheiten und Lebenserwartung bei der Geburt. Hier zeigen sich klare Unterschiede zwischen ehemals kolonisierten Ländern und früheren Kolonisierungsländern. Diese Unterschiede ergeben sich jedoch nicht nur aus der geografischen Lage eines Landes, wie etwa eine Lage in der Nähe des Äquators, wo die globale Erwärmung am stärksten ist, oder in der Nähe von überschwemmungsgefährdeten Küsten, sondern sind vielmehr das Ergebnis kumulierter Vor- und Nachteile, die über Jahrzehnte hinweg in Form von Institutionen, Normen und Ressourcen entwickelt und angehäuft wurden. Die geografischen Faktoren kommen noch hinzu. Die ärmsten Länder der Welt sind am stärksten von den Klimafolgen betroffen. Ein 2021 veröffentlichter Bericht³ schätzt, dass seit 1991 97% der von extremen Wetterereignissen betroffenen

-
- 1 Die Einheit ppm (engl. parts per million) ist die international gebräuchliche Maßeinheit, mit der der Anteil der Kohlendioxidkonzentration (CO₂) in der Luft angegeben wird.
 - 2 Hickel, Jason (2020) → Quantifying National Responsibility for Climate Breakdown: An Equality-Based Attribution Approach for Carbon Dioxide Emissions in Excess of the Planetary Boundary, in: *The Lancet Planetary Health* 4, Nr. 9, S. 399-404.
 - 3 *United Nations: Climate and weather related disasters surge five-fold over 50 years, but early warnings save lives* – WMO report.

Menschen in Ländern des Globalen Südens leben: Pro Jahr werden hier 189 Millionen Menschen Opfer von Extremwetterereignissen – 676.000 davon sind Todesfälle. Die sintflutartigen Regenfällen, die in der Nacht auf den 5. Mai 2023 im Gebiet von Kalehe in der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo niedergingen, und bei denen nach vorläufigen Angaben mehr als 4.300 Menschen vermisst werden und mehr als 400 durch Überschwemmungen und Erdbeben ums Leben gekommen sind, sind nur eines von vielen Beispielen. Eine ähnliche Katastrophe ereignete sich einige Tage zuvor in Ruanda mit 130 Toten.



Die finanzielle Schuldenfalle und ihre Verbindungen zu Klimaungerechtigkeit

Die Länder des Globalen Südens leiden unter einer doppelten Belastung: Sie sind vom Klimawandel betroffen, für den sie nicht verantwortlich sind, und sie müssen eine übermäßige finanzielle Schuld zurückzahlen. In den 1990er Jahren wurde versucht, die von den Ländern des Globalen Südens, insbesondere in Lateinamerika, angehäuften Finanzschulden gleichzusetzen mit den »ökologischen Schulden« der Länder des Globalen Nordens⁴: Letztere wurden aufgefordert, die Finanzschulden der Länder des Globalen Südens abzuschreiben, um diese für die ökologischen Schulden zu entschädigen. Das taten sie jedoch nie.

Die Probleme der Verschuldung und des Klimawandels sind eng miteinander verknüpft und sollten daher gemeinsam angegangen werden. Die armen Länder sind mit einer immensen Schuldenlast konfrontiert, die größtenteils auf eine nicht haltbare Verschul-

4 Mbog Batassi, Pierre Eric (2008) → Déclaration de Libreville sur la santé et l'environnement en Afrique.

derung und das globale Handels- und Finanzsystem zurückzuführen ist, das einen ungleichen Austausch von Ressourcen, Waren und Geld zum Nachteil der Armen der Welt erzwingt. Nachdem in den 1990er-Jahren nach großen Kampagnen von Aktivist*innen einige Zahlungsforderungen fallen gelassen wurden, sind diese Schulden vor allem seit der Covid-Krise wieder angestiegen. 135 von 148 Ländern der ärmeren Welt werden heute als »kritisch verschuldet« eingestuft.⁵ Diese Verschuldung verschleiert jedoch, wer wem wirklich etwas schuldet. Die Länder des Globalen Nordens sind unverhältnismäßig stärker für die Klimakrise verantwortlich, was zu einer Klimaschuld führt, die unermesslich größer ist als die Finanzschuld, die die Länder des Globalen Südens »schulden«. Und diese Klimaschulden sind nur die Spitze des Eisbergs der viel größeren Schulden, die durch Jahrhunderte kolonialer Versklavung, Ausbeutung und Aneignung angehäuft wurden.⁶

Da die Länder des Globalen Südens den Klimarisiken stärker ausgesetzt sind, sind sie gezwungen, mehr Kredite aufzunehmen, was zu höheren Zinssätzen auf ihre ohnehin schon unhaltbaren und ungerechten Auslandsschulden führt. Einerseits verschlechtern die Auswirkungen des Klimawandels die Schuldensituation der armen Länder so zunehmend. Andererseits wird eine hohe Verschuldung diese Länder daran hindern, in nennenswertem Umfang in Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung zu investieren, da ein großer Teil ihrer Mittel für Schuldentilgungen aufgewendet wird. Eine hohe Verschuldung zwingt diese Länder dazu, ihre natürlichen Ressourcen (Wälder, Öl, ...) auszubeuten und zu verkaufen, um schnell an Geld zu kommen, was negative Folgen für das Klima und die biologische Vielfalt hat. Außerdem können diese Länder nicht angemessen auf Notfälle reagieren, mit denen ihre Bevölkerung konfrontiert ist, wie zum Beispiel die COVID-19-Pandemie und die Klimakrise.

5 *Misereor* (Hrs.) (2020) → Global Sovereign Debt Monitor.

6 Hickel, Jason et al. (2020) → Imperialist Appropriation in the World Economy: Drain from the Global South through Unequal Exchange, 1990-2015, in: *Global Environmental Change*, Volume 73.

Schließlich werden Regierungen durch die Schulden gezwungen, öffentliche Ausgaben insbesondere im sozialen Bereich zu kürzen, was vor allem Frauen und Kinder trifft, die sowieso schon zu den schwächsten Gruppen der Gesellschaft gehören.

Die Klimakrise, mit der wir heute konfrontiert sind, kann nicht ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Schuldenfrage und diesbezüglicher Gerechtigkeit gelöst werden. Die Aufrechterhaltung unrechtmäßiger finanzieller Schulden des Südens gegenüber dem Norden, die zu Ungleichheit, Extraktivismus, Ausbeutung natürlicher Ressourcen und unrechtmäßigem Vermögenstransfer führt, hält Länder und ihre Bevölkerungen in einer Situation wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Die Kämpfe für soziale und Klimagerechtigkeit müssen unbedingt mit der Forderung nach einem Schuldenerlass für die ärmeren Länder verbunden werden, damit finanziert werden kann, dass diese ihre fossilen Brennstoffe im Boden belassen können und einen gerechten Übergang gestalten können. Ein sehr anschauliches und eindrückliches Beispiel für ein solches Vorgehen ist der Schuldenerlass für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, der das »Wirtschaftswunder« des Landes ermöglichte. Wenn also dem Land, das für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich war, damals die Schulden gestrichen werden konnten, dann können sie sicherlich auch erlassen werden, um einen gerechten Übergang im Globalen Süden zu ermöglichen!



Die dreifache Krise der Länder des Globalen Südens

Die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind mit einer dreifachen Krise konfrontiert: der Finanzschuldenkrise, der Wirtschaftskrise und seit kurzem auch der COVID-19-Gesundheitskrise, die gerade erst abgeklungen ist und deren Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung noch immer zu spüren sind. Die Folgen des Klimawandels bringen nicht nur eigene Risiken mit sich, sondern verschärfen auch die bereits bestehenden Verwundbarkeiten jener Länder. In ihrer Summe bedrohen diese Krisen die kleinen Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit erzielt wurden, und könnten den Kampf gegen die Armut um 10 Jahre, in einigen Regionen wie Afrika südlich der Sahara sogar um 30 Jahre zurückwerfen.⁷

Strukturell gesehen bedroht diese dreifache Krise die Achtung der Menschenrechte und gefährdet die Zukunft von Tausenden von Menschen. Dennoch liegt der Schwerpunkt derzeit auf den Rechten der Gläubiger und nicht auf den Rechten und dem Lebensunterhalt der Menschen des Globalen Südens. Der Schuldenerlass ist also kein Akt der Nächstenliebe, sondern muss als wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der eigenen Ressourcen jener Länder gesehen werden, damit diese vorrangig für klimapolitische und selbstbestimmte Entwicklungsziele eingesetzt werden können, was wiederum zur Achtung der Menschenrechte und zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten beiträgt.

Darüber hinaus kann Klimagerechtigkeit, also die Notwendigkeit, Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit bei der Bewältigung

7 Unicef → The State of the Global Education Crisis.

des Klimawandels einzubeziehen, nicht als etwas angesehen werden, das außerhalb eines Systems stattfindet, welches gleichzeitig Diskriminierung aufrechterhält. In diesem Sinne kann Klimagerechtigkeit nicht von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und damit von der Frage der Verschuldung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen getrennt werden.

Klimareparationen



Rechtfertigung

Die moralischen Argumente für Reparationen sind sehr überzeugend und erfordern einen Systemwandel. Ein solcher Wandel beinhaltet nicht nur die Anerkennung der Klimaschuld, sondern auch Wiedergutmachung und die Rückerstattung der zahlreichen finanziellen, sozialen und ökologischen Schulden der Länder des Globalen Nordens an die des Globalen Südens, die während der kolonialen Vergangenheit und durch die neokoloniale Dynamik von heute entstanden sind. Es sind Schulden für imperialistische Eroberungen, Sklaverei und Kolonisierung. Für die Zerstörung von Kulturen, die Ausbeutung von Reichtum und die Monopolisierung von Land und Ressourcen, die alle bis heute andauern, insbesondere aufgrund eines Schuldensystems, das es den Ländern des Globalen Nordens erlaubt, sich in die Innenpolitik der Länder des Globalen Südens einzumischen. Das globale Handelssystem mit ungleichen Handelsbedingungen, das auf neokolonialen Machtungleichheiten beruht, ermöglicht es dem Globalen Norden, dem Globalen Süden jährlich den Wert von über 10 Billionen Dollar zu entziehen. Das ist das 30-fache der Summe, die die Länder des Globalen Südens

als »Entwicklungshilfe«⁸ erhalten, und genug, um extreme Armut weltweit 70-mal zu beenden. Insgesamt hat der Globale Norden seit den 1980er-Jahren allein über 4 Billionen Dollar an Zinszahlungen aus dem Globalen Süden herausgepresst.⁹ Er ist nicht nur für die höchsten Treibhausgasemissionen in der Geschichte verantwortlich, sondern beutet auch die meisten Länder des Globalen Südens aus und kolonisiert sie durch seine multinationalen Konzerne, die systematisch deren natürliche Ressourcen plündern. Ein Großteil der weltweiten Emissionen resultiert aus der Ausbeutung des Südens, um ein System des nicht nachhaltigen Konsums und der Verschwendung in den privilegierten Klassen der reichen Länder anzuheizen. Auf Kosten der zunehmenden Zerstörung und des Leids der Bevölkerung des Globalen Südens. Dieser Finanzkolonialismus muss dringend überwunden werden.

Die moralische Forderung nach Reparationen könnte auch juristisch verhandelt werden. Diejenigen, die für die Klimakrise verantwortlich sind, sowohl in den Regierungen als auch in den Unternehmen, wussten mindestens seit Anfang der 1990er-Jahre über die Auswirkungen der Verbrennung fossiler Brennstoffe, anderer Emissionen und der veränderten Landnutzung Bescheid, große Emittenten wie Shell und Total sogar schon deutlich früher.¹⁰ Der Globale Norden hatte also ausreichend Zeit zu handeln

-
- 8 Wir sind der Meinung, dass die Begriffe »Entwicklungsländer« und »entwickelte Länder« eine sehr destruktive Ideologie von Entwicklung fortschreiben und nicht als neutrale Beschreibungen von Ländergruppen dienen. Dennoch haben wir uns in den Fällen, in denen wir die offizielle Terminologie wiedergeben wollen, dafür entschieden, die Begriffe zu nutzen und sie in Anführungszeichen zu setzen.
- 9 Hickel, Jason (14.1.2017) → Aid in Reverse: How Poor Countries Develop Rich Countries (Wie arme Länder reiche Länder entwickeln), in: *The Guardian*, Sek. Working in development; Hickel Jason / Sullivan, Dylan; Zoomkawala, Huzaifa (2.11.2021) → Plunder in the Post-Colonial Era: Quantifying Drain from the Global South Through Unequal Exchange, 1960-2018, in: *New Political Economy* 26, no. 6, S.1030-1047.
- 10 Einige von ihnen haben die Öffentlichkeit sogar aktiv getäuscht, indem sie klimaleugnende Wissenschaft finanziert haben. Franta, Benjamin (25.8.2021) → Die Bewaffnung der Wirtschaft: Big Oil, Wirtschaftsberater und die Verzögerung der Klimapolitik, in: *Umweltpolitik*, Nr. 0, S.1-21; Oreskes, Naomi, und Conway, Erik M. (2010) → Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming, *Bloomsbury Publishing USA*.

und jene Schäden zu verhindern. Er hat es jedoch unterlassen, geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu ergreifen und damit wirksame klimapolitische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene blockiert.

Darüber hinaus sind die Emissionen im Globalen Norden sogar noch stärker angestiegen, seit die Gefahren durch steigende CO₂-Konzentrationen bekannt sind, was den Schaden für die am stärksten betroffenen Menschen und Gebiete (Most Affected People and Areas - MAPAs) noch weiter vergrößert hat.¹¹ Die verantwortlichen Länder haben über diesen Zeitraum viel mehr Mittel und Ressourcen angehäuft, um in die eigene Anpassung zu investieren. Dies geschah zum Teil durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die zu steigenden Emissionen führte und maßgeblich auf der Ausbeutung des Globalen Südens beruhte (und dies immer noch tut), was wiederum die Möglichkeiten der MAPA, sich selbst zu schützen und anzupassen, stark einschränkte. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Afrika, Südasien sowie Mittel- und Südamerika durch extreme Wetterereignisse sterben, 15-mal höher als bei der reicheren Hälfte der Menschheit.¹²

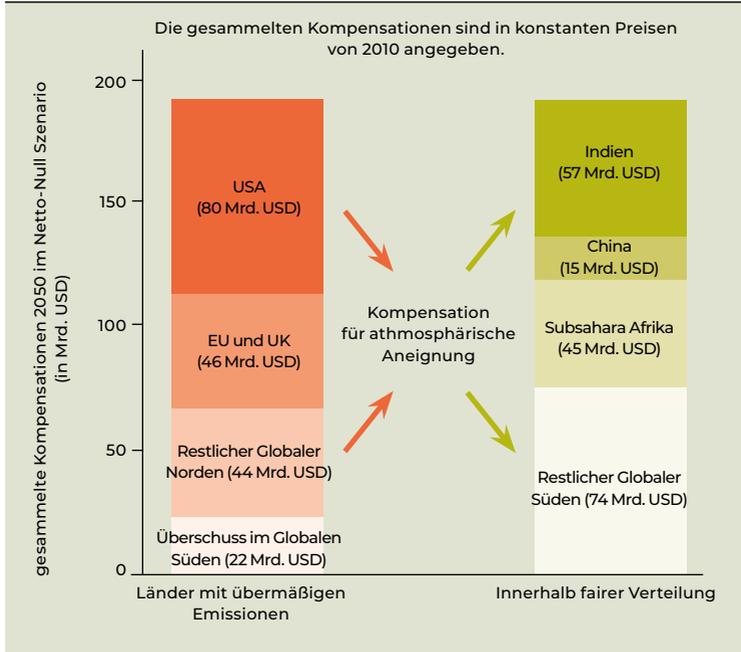
Während es offensichtlich ist, dass die Schulden des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden größtenteils unrechtmäßig sind, müssen die Schulden des Nordens gegenüber dem Süden aus mehreren Gründen als rechtmäßig anerkannt werden:

- Kolonialgeschichte und Sklaverei
- historische Verantwortung und Klimaschuld
- Vulnerabilität
- ungleiche Kapazitäten zur Bewältigung von Klimakatastrophen.

11 IPCC 2022. Die Entwicklung entspricht somit dem Rechtsgrundsatz der Schadensfreiheit mit drei Kriterien: »1. die Möglichkeit zu handeln, 2. die Vorhersehbarkeit des Schadens und 3. die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die zur Vermeidung oder Minimierung des Risikos ergriffen werden.« *Burkett* (2009).

12 Van Unen, Amber (20.7.2020) → Island Nations Turn to World's Highest Court for Climate Justice, in: *Impakter*.

Abbildung 1: Gesammelte Kompensationen, die von übermäßig emittierenden Ländergruppen fällig sind (im Vergleich zu gerechter Verteilung des Restbudgets an Emissionen bis 1,5 °C), auf Basis des historischen Zeitraums 1960 - 2019 und des Netto-Null Szenarios von 2020 bis 2050.



Quelle: Fanning, A. L., und Hickel, J. (2023) Compensation for atmospheric appropriation. *Nature Sustainability*, 1-10.

Auf der Grundlage eines »Fair-Share«-Ansatzes für das verbleibende CO₂-Budget, um die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wurde in einer aktuellen Studie berechnet, dass selbst in sehr ehrgeizigen Szenarien die reichen Industrieländer bis 2050 für übermäßige Treibhausgasemissionen verantwortlich wären und somit 170 Billionen US-Dollar an Klimareparationen zahlen müssten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Länder mit den höchsten Verschmutzungswerten an die Länder mit historisch niedrigen Verschmutzungswerten jährlich fast 6 Milliarden US-Dollar zahlen und damit deren Abkehr von fossilen Brennstoffen unterstützen müssten, auch wenn sie ihren »fairen Anteil« (also

angemessenen Anteil) am globalen Kohlenstoffbudget nicht genutzt haben.¹³ Deutschland, das zu den Ländern mit der höchsten Umweltverschmutzung gehört, müsste bis 2050 jährliche Pro-Kopf-Ausgleichszahlungen von mehr als 4000 US-Dollar leisten.

Abbildung 2: Top 5 der übermäßig emittierender Länder.

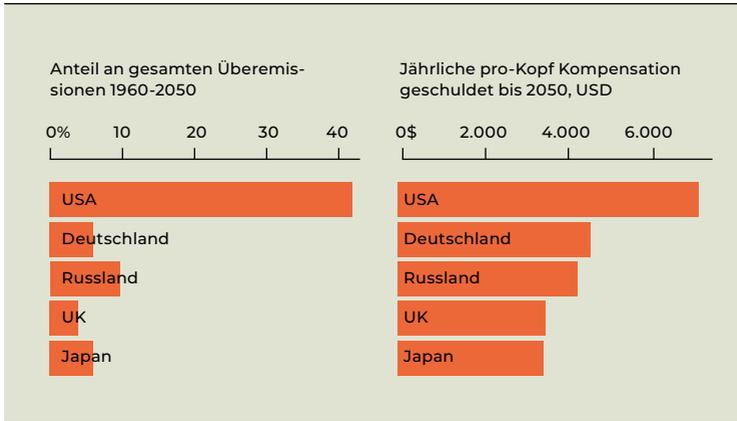
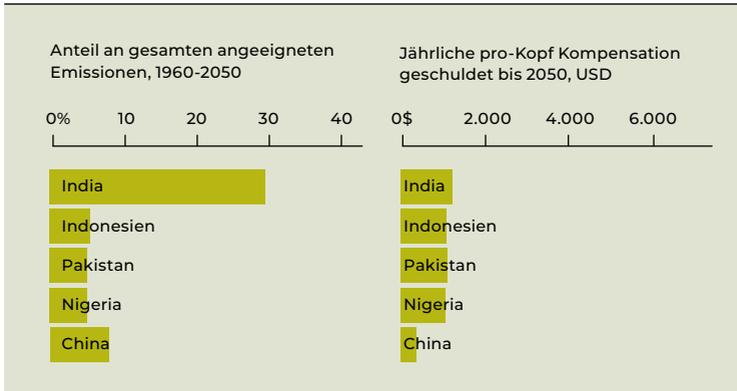


Abbildung 3: Top 5 der Niedrigemissionsländer.



Quelle: Fanning, A. L., und Hickel, J. (2023): *Kompensation für atmosphärische Aneignung*. *Nature Sustainability*.

13 Fanning, Andrew L., und Hickel, Jason (5.6.2023) → Kompensation für atmosphärische Aneignung, in: *Nature Sustainability*, S. 1-10.



Wie können Klimareparationen konkret aussehen?

Klimareparationen sind Strategien und Maßnahmen, die ein Staat ergreift, um vergangene und gegenwärtige systematische Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Klimakrise wiedergutzumachen und die (Welt-)Wirtschaft so umzubauen, dass Klimagerechtigkeit, Wohlergehen und Gleichheit für alle Menschen weltweit gewährleistet sind. Länder und Gemeinschaften, die von Kolonialismus, Sklaverei und Armut betroffen waren, haben am wenigsten zu den globalen Emissionen beigetragen, tragen die Hauptlast der durch die globale Erwärmung verursachten Schäden und verfügen über weniger Ressourcen, um deren Auswirkungen zu bewältigen. Auf der anderen Seite haben die Länder, Unternehmen und Gemeinschaften, die am meisten zur Klimakatastrophe beigetragen haben und somit für diese verantwortlich sind, über Jahrhunderte von der Nutzung fossiler Brennstoffe profitiert und somit eine immense Klimaschuld auf sich geladen.

Klimareparationen zielen darauf ab, diese Ungerechtigkeit rückgängig zu machen, indem die Ursachen der Klimakrise angegangen und die Klimaschulden zurückgezahlt werden. Es wird nicht möglich sein, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen, aber Reparationen können Folgen lindern, Schaden für künftige Generationen verhindern und eine gerechtere Welt schaffen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur die finanziellen Schulden des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden zu hinterfragen, sondern auch die historischen, klimatischen und ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Globalen Süden zu betonen. Weil er einen großen Teil des Planeten kolonisiert und versklavt hat, weil er der größte Emittent von

Treibhausgasen ist und weil er Ressourcen geplündert und die Umwelt zerstört hat. Diese Schulden müssen anerkannt werden, da sie auf einer viel höheren Ebene angesiedelt sind, als dies bei finanziellen Schulden der Fall sein kann.

Von den drei im internationalen Recht anerkannten Formen von Reparation können nur zwei auf die Klimakrise angewendet werden. Die erste, die Naturalrestitution, also die Wiederherstellung dessen, was beschädigt wurde, ist unmöglich, da viele Auswirkungen der globalen Erwärmung irreversibel sind und die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen drastisch verschlechtern und teilweise sogar zerstören werden. Die zweite ist die Entschädigung, beispielsweise in Form von Ausgleichszahlungen. Die dritte, Anerkennung, umfasst Fragen der Wiedergutmachung. Sie beginnt mit einer Entschuldigung und damit, klar die Wahrheit darüber zu sagen, was geschehen ist. Sie umfasst aber auch die komplizierte Frage der Garantie dafür, dass das Unrecht nicht wiederholt wird.

Eine erste Definition für Klimareparationen wurde von Maxine Burkett vorgeschlagen, der zufolge drei entscheidende Elemente dazugehören:

- 1. eine Entschuldigung,
- 2. eine finanzielle oder sonstige Entschädigung, die dieser Entschuldigung tatsächliches oder symbolisches Gewicht verleiht, und vor allem,
- 3. eine Verpflichtung des Täters, die strafbare Handlung nicht zu wiederholen, auch bekannt als die »Garantie der Nichtwiederholung«.¹⁴

14 Burkett, M. (1.10.2009) → Climate Reparations, in: *Melbourne Journal of International Law* 10.

Alle drei Elemente sind gleichermaßen wichtig und zeigen, dass Klimareparationen neben einer Form der materiellen Entschädigung (die in finanzieller Form oder durch den Austausch anderer Mittel erfolgen kann) auch eine Form der kulturellen Anerkennung umfassen: Die Übernahme der vollen Verantwortung für alle überschüssigen Emissionen (z.B. oberhalb eines gleichen, fairen Anteils, der historische Emissionen einschließt) und eine Verpflichtung zur Beendigung des Schadens – was im Fall des Klimanotstands auf nichts Geringeres hinausläuft als auf eine rasche Dekarbonisierung und eine systemische und strukturelle Umgestaltung der Weltwirtschaft. Dazu gehört, dass die koloniale und andauernde Ausbeutung der Menschen und des Planeten durch die extraktive Wirtschaft beendet und Macht und Ressourcen gerechter verteilt werden.



Klimareparationen – wer und wie?

Reparationen können in verschiedenen Formen erfolgen. Sie können durch regionale Körperschaften (z.B. die Europäische Union), nationale Regierungen (z.B. die deutsche Regierung) oder auf Landes- und Gemeindeebene (z.B. Berlin) geleistet werden. Private Unternehmen (z.B. die *Carbon Majors* und andere große Emittenten), private Organisationen, Netzwerke oder Einzelpersonen (z.B. in transnationalen Solidaritätsnetzwerken) können sie bezahlen oder sie resultieren aus politischen Maßnahmen, rechtlichen Schritten oder freiwilligen Beiträgen. Sie können finanzieller Art sein, aber auch andere Formen annehmen, wie beispielsweise den direkten Transfer von Ressourcen, Arbeitskräften oder Technologie, oder die Freigabe von Patenten. Zwar sind all diese Formen wichtig, aber angesichts des Ausmaßes der Klimaschulden und der damit verbundenen notwendigen Veränderungen wird die politische Ebene besonders relevant sein.

Die folgenden Maßnahmen entwickeln einen Eindruck davon, welche Formen Klimareparationen annehmen können:

- Als internationalistische Ergänzung zu den oft implizit »nationalen« Vorschlägen für ein universelles Grundeinkommen (UBI) könnte ein Teil der Wiedergutmachung aus globalen »bedingungslosen Geldtransfers« an Einzelpersonen bestehen, die idealerweise nach der Höhe der erlittenen Nachteile abgewogen werden – ähnlich wie ein globales UBI für Klimagerechtigkeit.¹⁵ (Siehe Baustein → Grundeinkommen und andere soziale Garantien.)
- Eine massive Aufstockung der Mittel für die Klimaanpassung – diese sollte idealerweise aus einer Perspektive der intersektionalen Gerechtigkeit, sowohl im Norden als auch im Süden, und als Teil einer transformativen Anpassungsagenda formuliert sein. Darüber hinaus könnte dies auch vom Globalen Norden finanzierte Bemühungen beinhalten, das ökologische Chaos zu beseitigen – durch Renaturierung, die Verringerung von CO₂-Emissionen und die Wiederherstellung indigener und kommunaler Landrechte.
- Die Verpflichtung, das Vergehen nicht zu wiederholen – also nicht mit großen Überschreitungen der vereinbarten Emissionsgrenzen fortzufahren und nicht einfach die imperiale Lebensweise in ein »grünes« Gewand zu kleiden – könnte durch die Bereitschaft der Länder des Globalen Nordens erfüllt werden, ihre Wirtschaft zu schrumpfen und so Raum für eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des Globalen Südens zu schaffen.¹⁶

15 Táíwò, Olúfẹ̀mí O.(2022) → Reparationen neu überdenken: Worldmaking in the Case of Climate Crisis, *Oxford University Press*.

16 siehe hierzu z.B.: Kuhnhenh, K. / Costa, L. / Mahnke, E. / Schneider, L. / Lange, S. (2020) → A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5°C, *Heinrich Böll Stiftung*.

Reparationen als Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit

Das Ziel von Klimareparationen einschließlich eines Schuldenerlasses ist die Erhöhung der Klimasicherheit durch:

- Unterstützung bei der Finanzierung von Mitigation (Verminderung der globalen Erwärmung), Anpassung sowie Verlust und Schaden.
- Schaffung von steuerlichem Spielraum für notwendige öko-soziale Investitionen sowie die Beendigung der von außen aufgezwungenen Sparmaßnahmen und des Ausbaus fossiler Brennstoffe.
- Beschleunigung der Dekarbonisierungsbemühungen im Globalen Norden durch eine Garantie der Nicht-Wiederholung und eine Anerkennung der historischen Klimaschuld.

Abgesehen von diesen klimabezogenen Zielen kann die Forderung nach Reparationen:

- die MAPA – also jene Gruppen und Gebiete, die übermäßig stark vom Klimawandel betroffen sind, wie indigene Gemeinschaften, von Rassismus betroffene Menschen, Frauen, LGBTIQ+-Menschen, junge, ärmere Menschen und der Globale Süden – hinter einem gemeinsamen Bezugsrahmen vereinen, der Ursachen, Verantwortlichkeiten, Verletzungen und Forderungen artikuliert.
- das Ausmaß der Gefahren, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, mit denen MAPA konfrontiert sind, aufzeigen und die Dringlichkeit und die Dimension der notwendigen Abhilfe verdeutlichen.

- zu einem umfassenden Leitprinzip für klimabezogene Gerechtigkeitsansprüche werden, da es die Hauptverantwortlichen klar benennt und konkrete materielle Entschädigungen fordert.
- die Voraussetzungen für globale Gerechtigkeit schaffen («world building»¹⁷).

»Loss and Damage« – die Diskussion über Reparationen im Rahmen der Klimakonferenzen

Derzeit gibt es keine dezidierten Verhandlungen über ökologische Reparationen auf internationaler politischer Ebene – die Regierungen des Globalen Nordens vermeiden das Thema und den Begriff aktiv. Allerdings trugen Bewegungen und Regierungen des Globalen Südens entsprechende Debatten in den UN-Klimaprozess hinein.

Die Frage der Entschädigung für Schäden infolge des Klimawandels war in den letzten 30 Jahren einer der Hauptstreitpunkte bei den internationalen Klimaverhandlungen. Bereits auf dem Gipfel von Rio 1992, der zur Verabschiedung des UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change, auch »Klimarahmenkonvention«) führte, hatten kleine Inselstaaten auf die Existenz irreversibler Schäden durch den Anstieg des Meeresspiegels hingewiesen und die Schaffung eines Entschädigungsmechanismus vorgeschlagen.

17 Táíwò, Olúfẹ̀mi O. (2022) → Reconsidering Reparations: Worldmaking in the Case of Climate Crisis, *Oxford University Press*.

Das Begriffspaar »Verluste und Schäden« (loss and damage) bezieht sich auf diese irreversiblen Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden, seien es die Folgen plötzlicher Ereignisse wie Wirbelstürme oder Überschwemmungen oder langsamere Auswirkungen wie der Anstieg des Meeresspiegels oder Dürren. Diese Schäden sind alles andere als unbedeutend: Langfristig könnten sie zwei Drittel aller weltweiten Klimaschäden ausmachen. Gegen den Widerstand mehrerer Industrieländer wurde 2015 das Konzept der Verluste und Schäden im Pariser Abkommen verankert. In Artikel 8 des Abkommens wird die Notwendigkeit anerkannt, »Verluste und Schäden im Zusammenhang mit den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, zu minimieren und darauf zu reagieren«. Damit werden Verluste und Schäden als vollwertiger Handlungsbereich der internationalen Gemeinschaft anerkannt, als dritte Säule des internationalen Klimaregimes neben der Minderung und Anpassung.

Gegenwärtig ist die bestehende Klimafinanzierung nur für Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Mitigation) oder für Anpassungsmaßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen der globalen Erwärmung bestimmt. Die am meisten gefährdeten Länder, die am stärksten von Verlusten und Schäden betroffen sind, fordern jedoch die Schaffung eines neuen, von den größten Emittenten finanzierten Mechanismus, um die bereits unumkehrbaren Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen.

Die Frage der Finanzierung von Verlusten und Schäden wurde von den reichen Ländern, allen voran den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, immer beiseitegeschoben. Sie haben sich stets geweigert, einen neuen Fonds einzurichten, weil sie befürchteten, dass sie für ihre historischen Beiträge zum Klimawandel rechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten. Stattdessen wurden im Rahmen der UN-Gespräche zwei Institutionen eingerichtet: der *Warschauer Internationale Mechanismus* (2013), der das Verständnis, den Austausch und die Maßnahmen in Bezug auf Verluste und Schäden verbessern soll, und das *Santiago-Netzwerk*

(2019), das gefährdete Länder mit Anbieter*innen technischer Hilfe verbindet.

Auf der COP26 in Glasgow im Jahr 2021 wurde der Druck erhöht, aber keine neue Finanzierung vereinbart. Stattdessen wurde der *Glasgow-Dialog* ins Leben gerufen, um zu erörtern, wie Aktivitäten zur Vermeidung von Verlusten und Schäden bis 2024 finanziert werden können. Die Länder des Südens drängten weiterhin darauf, dass das Thema auf der COP27 auf die offizielle Verhandlungsgenda gesetzt wird.

UN-Generalsekretär António Guterres sagte im Vorfeld der COP27: *»Eine Einigung über Verluste und Schäden wird die wichtigste Bewährungsprobe für die COP sein. [...] Wir wissen, dass die Menschen und Nationen jetzt leiden. Sie brauchen jetzt sinnvolle Entscheidungen. Wenn wir in Bezug auf Verluste und Schäden nicht handeln, wird dies zu einem noch größeren Vertrauensverlust und zu weiteren Klimaschäden führen. Dies ist ein moralischer Imperativ, der nicht ignoriert werden kann, und die COP27 muss der Ort sein, an dem Maßnahmen gegen Verluste und Schäden ergriffen werden.«*¹⁸ Guterres schlug eine einmalige Steuer auf die Supergewinne der Öl- und Gasunternehmen als zusätzliche Einnahmequelle vor. Weitere Möglichkeiten, die zur Debatte stehen, sind die Umlenkung von Subventionen für fossile Brennstoffe und der Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens.

Auf der COP27 erkannten die Vertragsparteien zum ersten Mal die Notwendigkeit an, die am stärksten gefährdeten Länder, die bereits unter den Klimaauswirkungen leiden, finanziell zu unterstützen. Es wurde vereinbart, einen »Loss and Damage«-Fonds einzurichten, um diese »Entwicklungsländer« finanziell bei der Bewältigung der durch die globale Erwärmung verursachten irreversiblen Schäden zu unterstützen. Der mit großem Beifall aufge-

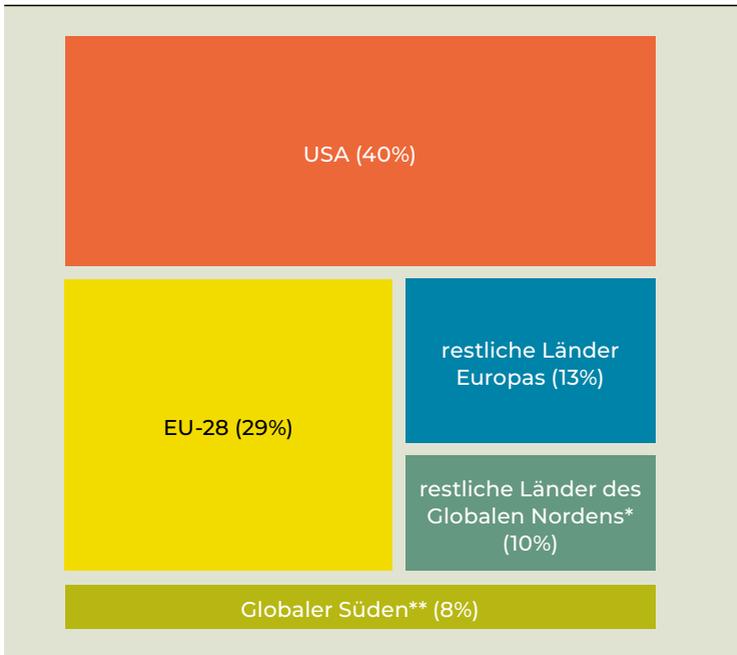
18 *United Nations* (3.10.2022) → Secretary-General's opening remarks at press encounter on Pre-COP27, António Guterres.

nommene Beschluss ist das Ergebnis einer Forderung, die die Länder des Südens seit dreißig Jahren stellen. Während eine Einigung über die schwierigsten Punkte der Tagesordnung erzielt werden konnte, darunter ein Mechanismus für Schäden und Verluste, ist die große Frage der Finanzierung jedoch noch nicht geklärt.¹⁹

Dänemark kündigte auf der UN-Generalversammlung in New York 2022 an, 13 Mio. Dollar zur Entschädigung von Verlusten und Schäden bereitzustellen. Der Weg war bereits von Schottland geebnet worden, gefolgt von der wallonischen Region (Belgien) und Deutschland auf der COP26, die sich zusammen bereit erklärten, über 10 Mio. Euro beizusteuern. Diese Beiträge scheinen zwar ein wichtiger Schritt zu sein, liegen aber weit unter dem, was notwendig ist: Die Kosten für Verluste und Schäden werden in den Ländern des Globalen Südens bis 2030 auf 290 bis 580 Mrd. US-Dollar pro Jahr²⁰ und bis 2050 auf bis zu 1,7 Bill. US-Dollar geschätzt.²¹

-
- 19 Während die Einigung über die Finanzierung von Schäden und Verlusten einen Fortschritt für die schwächsten Bevölkerungsgruppen darstellte, wurden auf der COP27 kaum Fortschritte bei anderen wichtigen Themen im Zusammenhang mit den Ursachen der globalen Erwärmung erzielt, insbesondere beim Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und der Notwendigkeit, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- 20 Markandya, Anil und González-Eguino, & Mikel (2018) → *Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review*. Springer Verlag.
- 21 Baarsch, F. et al. (2015) → *Impacts of low aggregate INDCs ambition: research commissioned by Oxfam*.

Abbildung 4: Verantwortung für übermäßige Emissionen.



Quelle: Hickel, J. (2020). Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *The Lancet Planetary Health*, 4(9), e399-e404.

* Der Begriff »Globaler Norden« bezieht sich auf die USA, Kanada, Europa, Israel, Australien, Neuseeland und Japan.

** Der Begriff »Globaler Süden« bezieht sich auf den Rest der Welt: Lateinamerika, Afrika, den Nahen Osten und Asien.

Reparationen in der Praxis

Es gibt bisher keine Beispiele einer vollständigen Ausgestaltung von Klimareparationen. Einige politische Maßnahmen enthalten jedoch Elemente von Klimareparationen oder werden in Debatten über Klimareparationen häufig genannt und können daher als erste Orientierung dienen.

Klima- oder ökologische Reparationen gehören mindestens seit den 1990er-Jahren zu den Kernforderungen der internationalen Bewegungen für globale Gerechtigkeit. Die offensichtlichsten Akteur*innen, die Klimareparationen fordern, sind Gemeinschaften und Organisationen aus der Gruppe der MAPA, insbesondere im Globalen Süden, die teils auch Regierungen einschließen. Forderungen nach einem Schuldenerlass wurden und werden auch von Gewerkschaften unterstützt, ebenfalls vor allem aus dem Globalen Süden. Beide Forderungen wurden zum Teil auch von Bewegungen im Globalen Norden aufgegriffen, stehen aber im aktuellen Bewegungsdiskurs noch nicht im Mittelpunkt.²²

Es gab und gibt Kampagnen, die einen Schuldenerlass für die Finanzschulden des Globalen Südens fordern, der teilweise mit dem Hinweis auf ökologische Schulden gerechtfertigt wird.



Die aktuelle Kampagne *Debt for Climate*, eine vom Globalen Süden ausgehende Initiative, die Kämpfe für soziale und Klimagerechtigkeit verbindet, indem sie Arbeiter*innen- sowie Sozial- und Klimabewegungen aus dem Globalen Süden und Norden zusammenführt, fordert: »*dass die reichsten Länder des Globalen Nordens*

22 Táíwò, Olúfẹ̀mi O. (2022) → Reconsidering Reparations: Worldmaking in the Case of Climate Crisis. *Oxford University Press*.

beginnen, ihre Klimaschulden zu begleichen, und dies umfasst die Forderungen nach Reparationen, Verlusten und Schäden sowie Klimafinanzierung, die nicht in Form von Krediten, sondern als zinslose Zahlungen erfolgen muss. Debt for Climate fordert den bedingungslosen Erlass der illegitimen Schulden, die oft illegal und verfassungswidrig vergeben wurden. «²³

- Das *Climate Vulnerable Forum* (CVF) ist eine 2009 gegründete internationale Kooperation für Länder des Globalen Südens, die durch den Klimawandel besonders gefährdet sind. Auf dem *Africa and Middle East Climate Vulnerability Forum* (CVF), das vom 27. bis 29. Juli 2021²⁴ stattfand und eine große und repräsentative Gruppe der am stärksten gefährdeten Länder in dieser Region vertrat, verabschiedeten die Delegierten mehrere Empfehlungen²⁵ zur Verbesserung der Reaktion auf die Klimakrise.
- Großbritannien: Es ist erwähnenswert, dass die *Pan-Afrikanische Reparations-Koalition* in Europa Reparationen in die Umweltbewegung in Großbritannien integriert hat. Sie hat strategisch eine Nähe zu Bewegungen wie *Extinction Rebellion* (XR) durch die »Stop the Maangamizi«-Kampagne aufgebaut, die das *internationalistische Solidaritätsnetzwerk Extinction Rebellion* kurz nach der Gründung von XR im Jahr 2018 mitbegründete. Durch den Einfluss der Kampagne »Stop the Maangamizi« haben XR und das *XR-Being the Change Affinity Network*, eine eigene Gruppierung innerhalb von XR, den Appell »repair the planet« zur Unterstützung der *Pan-Afrikanischen Reparations-Koalition* in Europa übernommen.²⁶

23 → debtforclimate.org

24 CVF *Afrique et Moyen-Orient Communiqué Régional, Forum de la Vulnérabilité Climatique* (2021) → *Dialogue Régional pour l’Afrique et le Moyen-Orient*.

25 CVF *Asia Regional Communiqué, Climate Vulnerable Forum Regional Dialogue for Asia* (2021).

26 Stanford-Xosei, E. (2022) → *Afrika and Reparations Activism in the UK - Interview*. in: *Review of African Political Economy*.

- Die britische Kampagne mit dem Namen *Climate Reparations*²⁷ fordert einen Systemwandel durch eine Politik der britischen Regierung, die der Zerstörung Einhalt gebietet (d.h. Stopp von fossilen Projekten, Infrastrukturen und einer feindseligen Migrationspolitik) und die »damit beginnt, den Gemeinden hier und auf der ganzen Welt die Versorgung und Entschädigung anzubieten, die sie brauchen, um sich zu schützen und die bereits entstandenen Schäden zu reparieren« (d.h. die Verursacher von Umweltverschmutzungen zur Zahlung von Klimareparationen zu veranlassen, in Wohnraum und grüne Arbeitsplätze zu investieren und für die Klimaschäden aufzukommen, die Großbritannien weltweit verursacht).²⁸
- Es gibt einige Klagen gegen große CO₂-Emittenten wie das Energieunternehmen *RWE* oder Zementhersteller – wegen klimabedingter Verluste und Schäden, unter anderem von einem Bauern in Peru und Inselbewohnern aus Pari, Indonesien. Sie berechnen den prozentualen Anteil der Unternehmen an den Gesamtemissionen (z.B. ist die *Holcim (Schweiz) AG*²⁹ seit 1950 für 0,4 % der weltweiten Emissionen verantwortlich) und fordern diesen Prozentsatz als Entschädigung für die lokal entstehenden Schäden.
- Der pazifische Inselstaat Vanuatu hat seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen um Kostenschätzungen für »Verluste und Schäden« aufgrund der Auswirkungen der globalen Erwärmung ergänzt.³⁰
- Eine Koalition pazifischer Länder unter der Führung von Vanuatu und mit Unterstützung Australiens und Neuseelands arbeitet daran, den Internationalen Gerichtshof (IGH) dazu zu bringen,

27 Unter der Leitung von *Wretched of the Earth, Stop The Maangamizi Campaign, London Renters Union, No More Exclusions, Platform London, Tipping Point UK, Decolonising Economics* und anderen.

28 → climatereparations.uk/#demands

29 Die *Holcim (Schweiz) AG* ist ein in der Schweiz ansässiges Baustoffunternehmen.

30 → www.vanuatuicj.com/NDC

eine »Gegenstellungnahme« zum Thema Klimawandel zu erstellen. Sie hoffen, dass der IGH ein Gutachten über die Verpflichtungen der Länder zum Schutz der Rechte »gegenwärtiger und zukünftiger Generationen vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels« erstellt.³¹

- Die *Make Big Polluters Pay*-Kampagne, welche im Rahmen des UNFCCC-Prozesses entstanden ist.³²
- Die Premierministerin von Barbados, Mia Amor Mottley, hat sich sehr deutlich für Reparationen ausgesprochen.³³

Wie kommen wir dahin?

Klimareparationen zu erreichen ist eine Herausforderung. Sie muss damit beginnen, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Einerseits ist die Frage der Reparationen ein Kernstück der Klima- und globalen Gerechtigkeit, eine Voraussetzung für einen Heilungsprozess zwischen dem Globalen Norden und Süden und eine wichtige Maßnahme, um weitere Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörungen im Globalen Süden zu stoppen. Andererseits wird das Thema in Deutschland – außerhalb der Klimaverhandlungen – nur selten diskutiert und nur wenige Initiativen oder NGOs beschäftigen sich mit diesem Anliegen. Und wenn es diskutiert wird, dann oft in engem Zusammenhang mit dem UN-Prozess zu Schäden und Verlusten und unter Ausschluss weitergehender Forderungen aus dem Globalen Süden.

31 Van Unen, A. (20.7.2020) → Island Nations Turn to World's Highest Court for Climate Justice, in: *Impakter*.

32 → makebigpolluterspay.org

33 Carrington, J. (8.6.2022) → Prime Minister Repeats Call For Reparations.

Damit Reparationen Realität werden können, ist derzeit der wichtigste Schritt, ein Narrativ, ein öffentliches Bewusstsein und wachsende Unterstützung für Reparationen zu schaffen. Die gegenwärtigen Klimagerechtigkeitsbewegungen und -initiativen können hier ein zentraler Ansatzpunkt sein, um das Bewusstsein für das Thema zu schärfen. Klimareparationen sollten eine Hauptforderung von Klimagerechtigkeitsgruppen sein und auf der gleichen Ebene wie die Forderung nach einem Kohleausstieg oder einer humanen Migrationspolitik stehen.

Um zu diesem Punkt zu gelangen, sind die folgenden Schritte erforderlich:

- Interne Auseinandersetzung mit dem Thema, um die erforderlichen Kenntnisse zu erwerben.
- Lernen über Kolonialismus, *weiße* Vorherrschaft, kritisches *Weiß*-sein, intersektionale Gerechtigkeit und die gesamten Reparationsforderungen, insbesondere von marginalisierten Menschen und dem Globalen Süden.
- Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem Globalen Süden und mit Verbindungen zum Globalen Süden (siehe → Reparationen in der Praxis) um sicherzustellen, dass dies nicht zu einer Diskussion über den Globalen Süden wird, sondern eine Diskussion bleibt, die von Stimmen aus dem Globalen Süden geleitet wird.

Mythen & Missverständnisse

Wir glauben, dass noch immer viele Mythen, die gekennzeichnet sind durch den Glauben an eine finanzielle Schuld der Länder des Globalen Südens und ein mangelndes Wissen über die vielen historischen und aktuellen Schäden, die durch den Kolonialismus und die Klimakrise verursacht wurden, ein großes Hindernis für die Unterstützung von Klimareparaturen darstellen.

» Reparationen sind nicht machbar – sie werden nie umgesetzt werden. «



Während viele Vorschläge für Klimagerechtigkeit utopisch erscheinen mögen, gibt es eine Reihe von Akteur*innen, die dafür kämpfen, dass sie Realität werden (starke soziale Bewegungen, Regierungen im Globalen Süden). Darüber hinaus konnten einige Reparationen in erfolgreichen Gerichtsverfahren durchgesetzt werden und internationale Verhandlungen zu verwandten Themen wie Verlust und Schäden finden bereits statt. Und schließlich, auch wenn es eine utopische Forderung sein mag, kann es ohne ökologische Reparationen keine globale Gerechtigkeit geben, was diese zu einem wichtigen Ziel für ein gutes Leben für alle macht.

» Was ist mit China/den USA/...? Warum soll Deutschland zahlen, wenn andere auch verantwortlich sind? «



Auch wenn letztendlich alle Länder mit überschüssigen Emissionen ihre Schulden begleichen sollten, ist es wichtig, dass die schlimmsten Übeltäter erste Schritte unternehmen. In dieser Hinsicht ist Deutschland für einen großen Teil der historischen Emissionsüberschüsse verantwortlich – viel mehr als China – und hat weiterhin hohe Pro-Kopf-Emissionen.

» Bei Reparationen geht es um die Bestrafung des Globalen Nordens. «



Ökologische Reparationen sind keine Form der Bestrafung des Globalen Nordens, sondern ein Versuch, die Ausbeutung des Globalen Südens zu beenden und den in der Vergangenheit angerichteten Schaden zu beheben. Das Ziel ist eine gerechte und friedliche Welt, in der sich die Lebensstandards weltweit angleichen, damit alle Menschen die gleichen Lebenschancen haben.

» Die Dekarbonisierung ist für den Globalen Norden schon schwierig genug, machen wir sie nicht noch schwieriger, indem wir Reparationen einbeziehen. «



Obwohl immer wieder Verpflichtungen zur Kohlenstoffneutralität formuliert wurden und sich seit der COP26 eine Koalition für den Ausstieg aus der Kohle gebildet hat, gibt es bisher keinen konkreten Plan für den Ausstieg aus der Kohle, die oft als der »schmutzigste« Brennstoff von allen bezeichnet wird. Viele Länder des Globalen Nordens basieren ihre Wirtschaft noch immer auf diesem fossilen Energieträger, der ihren Strom liefert und ihr Wachstum antreibt, insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine. So hat beispielsweise Deutschland als Reaktion auf die große Energiekrise einige Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen. Diese Schwierigkeiten bei der Dekarbonisierung dürfen keinesfalls die Maßnahmen zur Behebung der durch den Klimawandel verursachten Schäden beeinträchtigen, da a) die Länder des Globalen Südens gerade jetzt enorme Tragödien infolge der extremen Klimaphänomene der letzten Jahre erleben und b) ein Mangel an finanziellen Mitteln die Länder des Globalen Südens auf einen ausbeuterischen, fossilen »Entwicklungs«-Pfad treibt, der die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels untergräbt.